

Ansprüche an das deutsche Ressourceneffizienzprogramm

Neue Indikatoren für die Ressourcenpolitik

Die Erfolge von Ressourcenpolitik können durch verschiedene Indikatoren gemessen werden. Doch unterschiedliche Akteure bevorzugen andere Indikatoren. Die Ergebnisse einer neuen, europaweiten Konsultation geben erste Aufschlüsse darüber, welche Indikatoren für die Weiterentwicklung der deutschen Ressourcenpolitik hilfreich sein können. **Von Lisa Graaf**

Im Frühjahr hatte die Europäische Ressourceneffizienz-Plattform eine 30-prozentige Erhöhung der Ressourceneffizienz (RE) bis zum Jahr 2030 als verbindliches Ziel innerhalb der Europäischen Union (EU) gefordert. Auch die deutsche Umweltministerin spricht sich für ein solches EU-weites Ziel im Hinblick auf die Ressourceneffizienz aus. Welche Indikatoren geeignet sind, um Erfolge der RE-Politik zu messen, ist jedoch umstritten.

Auch in Deutschland dürfte diese Diskussion bald an Brisanz gewinnen. Schließlich wird derzeit an der Weiterentwicklung des Deutschen Ressourceneffizienzprogramms (ProgRes) gearbeitet, welches 2016 vorgelegt werden soll [1].

Mit der Ressourcenpolitik sind seitens der Akteure unterschiedliche Erwartungen und Ziele verbunden. Dazu gehören Umweltschutz, die Sicherung der Versorgung der Wirtschaft mit Rohstoffen oder die Minderung unerwünschter sozialer Folgen in den Herkunftsländern. Mit diesen unterschiedlichen Perspektiven sind jeweils auch eigene Anforderungen an die Auswahl und Ausgestaltung von Indikatoren verbunden [2].

Konsultation und Diskussion

Vor diesem Hintergrund hat die EU-Kommission im Herbst 2012 im Rahmen der „Roadmap to a Resource Efficient Europe“ eine Konsultation zu möglichen RE-Indikatoren durchgeführt [3]. Das sogenannte Scoreboard der EU ent-

hält drei Indikatorentypen: einen Leitindikator, ein Dashboard mit ergänzenden Indikatoren (derzeit zu Land, Wasser und CO₂) sowie thematische Indikatoren. Eine Auswertung der Konsultation zeigt, dass es keine klaren Konfliktlinien zwischen Vertretern der Akteursgruppen Wirtschaft, Nichtregierungsorganisationen, Wissenschaft und Verwaltung gibt [4]. Vor allem die Wirtschaftsakteure unterscheiden sich in ihren Präferenzen für bestimmte Indikatoren je nach Sektor oder Staatszugehörigkeit.

Grundsätzlich kann festgehalten werden, dass sich nur sehr wenige Vertreter der Wirtschaft gänzlich gegen Indikatoren und Ziele der RE-Politik aussprechen. Viele Akteure, auch hier vor allem aus Wirtschaft sowie Nichtregierungsorganisationen (NRO), halten es für sinnvoller, statt einem einzelnen Indikator eine Kombination unterschiedlicher Indikatoren zu nutzen. Mit einem Set aus Indikatoren würde den komplexen Beziehungen zwischen den Ressourcen besser Rechnung getragen werden. Auch sollten neben Umweltindikatoren weitere Indikatoren, unter anderem zur Wirtschaft, aufgenommen werden.

Indikatoren zu Stoffströmen, ...

Insgesamt werden die als Basis für den Leitindikator diskutierten Stoffstromindikatoren, die nur den inländischen Materialverbrauch (DMC) beziehungsweise den direkten Materialeinsatz (DMI) einer Wirtschaft erheben,

von fast allen Akteuren als unzureichend eingeschätzt [5]. Kritisiert wird, dass damit die Effekte der Ressourcennutzung im Ausland, und damit mögliche Problemverlagerungen, nicht berücksichtigt werden. Dennoch hat das Statistische Amt der Europäischen Union Ende 2013 mit Verweis auf die Notwendigkeit der Datenverfügbarkeit zunächst einmal den inländischen Materialverbrauch als Leitindikator festgesetzt (als Effizienzindikator im Verhältnis zum BIP, was dann Ressourcenproduktivität genannt wird) [6].

Von den NROs und zahlreichen Akteuren aus der öffentlichen Verwaltung wird gefordert, eben diese Problemverlagerungen abzubilden. Sie sehen daher die Materialproduktivität (BIP/RMC), die neben der einheimischen Extraktion und den Exporten auch sogenannte Rohstoffäquivalente umfasst, als geeignetere Basis für den Leitindikator an. Langfristig allerdings sind viele NROs sowie zahlreiche Akteure aus der Wissenschaft für Indikatoren, die darüber hinausgehen und auch die ungenutzte Entnahme, die bei der Rohstoffextraktion anfällt, erfassen. Dazu gehören der Gesamtmaterialbedarf (TMR) sowie der Gesamtmaterialverbrauch (TMC).

... zu Effizienzindikatoren ...

Politische und wirtschaftliche Akteure sprechen sich in der Mehrzahl für Effizienzindikatoren aus, das heißt für Indikatoren, bei denen die stoffstrombasierten Indikatoren in Bezug zur Wertschöpfung gesetzt werden. Dagegen sind vor allem Umweltverbände und einige Vertreter aus der Wissenschaft davon überzeugt, dass eine absolute Reduktion des Materialverbrauchs notwendig ist. Pro-Kopf-Indikatoren stellen aus dieser Sicht eine Möglichkeit dar, auch im Hinblick auf Fragen der sozialen Gerechtigkeit die Ressourcennutzung zu messen.

... oder zu Umwelteffekten?

Da stoffstrombasierte Indikatoren keine Aussagen über die Umwelteffekte oder Knappheiten zulassen, präferieren

einige Akteure Indikatoren, die eben diese aufzeigen. Ein Indikator, bei dem eine Gewichtung der verschiedenen Ressourcen entsprechend ihrer Umweltwirkung vorgenommen wird, wäre beispielsweise für die Akteure des Bausektors günstiger als gewichtsbasierte Stoffstromindikatoren. Denn im Bausektor werden zwar große Massen bewegt, diese sind jedoch selten knapp und selten besonders umweltschädlich. Die Industrie- und Handelskammern betonen die Notwendigkeit von Indikatoren, die die Knappheiten von Rohstoffen aufzeigen, um so potenzielle Versorgungslücken der Wirtschaft abzubilden und Hinweise auf die Substitution von kritischen durch weniger kritische Materialien zu erhalten.

Ein klarer Konsens besteht lediglich bei den Indikatoren, die keine der Akteursgruppen direkt betreffen. Dies sind vor allem Indikatoren zur Kreislaufwirtschaft und zu RE-Technologien. Beispiele für Kreislaufwirtschaftsindikatoren sind Recyclingquoten, die Nutzung von Sekundärmaterial oder der Anteil der Müllverbrennung/Deponierung. Zu den RE-Indikatoren gehören zum Beispiel Indikatoren zum Marktvolumen für Umwelttechnologien oder umweltfreundliche Technologien, Innovationsindikatoren (Patentanmeldungen, F&E-Ausgaben etc.) oder Indikatoren zu den Rahmenbedingungen für umweltfreundliche Technologien (Anteil grüner öffentlicher Beschaffung, Umweltsteuern). Indikatoren zu diesen Aspekten scheinen aus Sicht der unterschiedlichen Akteure geeignet um die Erfolge der Ressourcenpolitik zu messen.

Ausblick

Die EU-Konsultation hat gezeigt, dass verschiedenste Anforderungen an Indikatoren der Ressourcenpolitik bestehen. Vor diesem Hintergrund scheint es sinnvoll zu sein, auch für Deutschland ein sogenanntes Dashboard einzuführen. Die ergänzenden Indikatoren des Dashboards könnten beispielsweise den Fortschritt bei RE-Technologien, der Kreislaufwirtschaft oder den ökologi-

schen Folgewirkungen abbilden. Damit könnte der Leitindikator der Ressourceneffizienz in Deutschland ergänzt und so die verschiedenen Anforderungen an die Ressourcenpolitik besser eingefangen werden [7].

Anmerkungen

- [1] In Deutschland bildet derzeit der direkte Materialinput (DMI) die Grundlage für die Berechnung der Materialproduktivität (BIP/DMI). Dieser erfasst neben der inländischen Materialentnahme für Produktion und Konsum auch die Importe.
- [2] Vgl. Jacob, K./Werland, S./Münch, L. (2013): Analyse der Debatten der Ressourceneffizienzpolitik in Deutschland: Erwartungen, Positionen und Konflikte der Ressourcenpolitik. Im Internet unter: www.ressourcenpolitik.de
- [3] European Commission (2012): Consultation Paper: Options for Resource Efficiency Indicators, DG Environment.
- [4] Ausführliche Auswertung in: Jacob, K./Münch, L./Werland, S. (2014): Indikatoren der Ressourcenpolitik – Akteursanalyse von Interessen und Betroffenheit. Im Internet unter: www.ressourcenpolitik.de
- [5] Explizit gefragt wurde in der Konsultation nur nach dem DMC.
- [6] Das Scoreboard der EU unter: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/europe_2020_indicators/ree_scoreboard
- [7] Vielen Dank an Stefan Werland und Klaus Jacob für die hilfreiche Kommentierung.

politische ökologie

Die Buchreihe für Querdenker und Vordenkerinnen

Ökologische Gerechtigkeit

Strategische Allianzen zwischen Umweltschutz und Sozialpolitik



Die Frage der ökologischen Gerechtigkeit stellt sich mit neuer Dringlichkeit. Nicht nur zukünftige Generationen brauchen Fürsprecher. Auch heutzutage sind sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen Umweltbelastungen wie Verkehrslärm und Luftverschmutzung stärker ausgesetzt als wohlhabende – und das, obwohl sie selbst weit weniger zu ihnen beitragen. Die soziale Relevanz ökologischer Fragen zeigt sich auch im globalen Rahmen, etwa bei den höchst ungleich verteilten Auswirkungen des Klimawandels. Nur wenn sie aufhört, die Dimensionen Umwelt und Soziales gegeneinander auszuspielen, kann sich eine Gesellschaft nachhaltig entwickeln.

Mit Beiträgen von Michael Wehrspau und Korinna Schack, Heike Köckler, Jörg Haas, Maja Göpel, Felix Ekardt, Damian Ludewig u.v.m.



Ökologische Gerechtigkeit
politische ökologie (Band 136)
144 Seiten, 17,95 EUR (zzgl. Versand),
ISBN 978-3-86581-475-3

Erhältlich bei
www.oekom.de, oekom@verlegerdienst.de

oekom
verlag

AUTORIN + KONTAKT

Lisa Graaf (geb. Münch) arbeitet am Forschungszentrum für Umweltpolitik der Freien Universität Berlin in Projekten zu Ressourcenpolitik, Nachhaltigkeitsgovernance sowie umweltpolitischer Strategieentwicklung. Forschungszentrum für Umweltpolitik, Freie Universität Berlin, Ihnestr. 22, 14195 Berlin. Tel.: +49 30 83854493, E-Mail: lisa.muench@fu-berlin.de